



Annelie Buntenbach
Geschäftsführender Bundesvorstand des DGB

Rede

Tagung: „Atypische Beschäftigung und Prekariat im europäischen Vergleich“

Berlin, 20. Juni 2008

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein Gespenst geht um in Europa – die prekäre Beschäftigung.

Das Problem ist, dass dieses Gespenst sehr real ist und für immer mehr Menschen nicht nur ein Gespenst, sondern eine tatsächliche Bedrohung ist. Prekäre Beschäftigung teilt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in drei Gruppen: Es gibt einerseits die Gruppe derjenigen, die über eine relativ stabile sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verfügen; dies ist zum Glück immer noch die größte Gruppe.

Dann gibt es diejenigen, die herausgedrängt worden sind und dauerhaft außen vor stehen. Und dazwischen gibt es immer mehr Menschen, die am Rande dieser Arbeitsgesellschaft ihr Einkommen bestreiten müssen. Ihre Beschäftigung ist instabil und sie müssen mit sehr niedrigen Löhnen leben. Gleichzeitig werden sie gleichsam wie eine flexible Masse behandelt, die bei Bedarf kurzfristig geholt und ebenso schnell wieder entlassen wird.

Dies ist eine Strategie der bewussten Spaltung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Ausweitung prekärer Beschäftigung hat nicht nur das Ziel, soziale Standards zu senken und Löhne zu drücken. Dahinter steht auch die Strategie, die Beschäftigten einzuschüchtern, gefügig zu machen und so ihre Widerstandskraft zu schwächen.

Deswegen ist prekäre Beschäftigung auch ein direkter Angriff auf uns, die Gewerkschaften. Von prekärer Beschäftigung ist nicht nur eine kleine Minderheit betroffen.

31 Millionen Beschäftigte in der EU arbeiten zu niedrigen Löhnen, davon arbeiten 17% zu sogenannten Armutslohnen, also sie erhalten weniger als 50% des Durchschnittslohnes.

DGB-Bundesvorstand
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Web: <http://www.dgb.de>
Tel.: 030 / 240 60 - 0
Fax: 030 / 240 60 - 324



Befristete Beschäftigung und Leiharbeit gehen wie ein Buschbrand durch alle Staaten Europas. Problematisch ist aus meiner Sicht vor allem, dass viele Menschen aus dieser prekären Situation kaum wieder herauskommen.

Auch hier nimmt Deutschland wieder einen unrühmlichen Spitzenplatz ein. Gerade wieder hat eine neue Studie des IAB bestätigt, dass vor allem in Deutschland die so genannte Aufstiegsmobilität extrem niedrig ist. Das gilt auch für die Minijobs, auch dies ist mehr eine Falle als ein Sprungbrett.

Auch der Wechsel von Leiharbeit in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist für viele eher ein Wunsch als soziale Wirklichkeit. Neuere Studien belegen, dass nur 10 bis 15 Prozent derjenigen, die als Leiharbeiter verliehen werden, von ihrem Entleihunternehmen in reguläre Beschäftigung übernommen werden.

Das heißt, 85 Prozent werden nicht übernommen. Gerade bei Leiharbeit wird die Problematik der prekären Beschäftigung am deutlichsten. Deswegen nimmt diese Beschäftigungsform in unserer Konferenz eine herausgehobene Stellung ein. Ich freue mich besonders, dass wir Kolleginnen und Kollegen aus fünf Ländern (Niederlande, Österreich, Großbritannien, Frankreich und Italien) gewinnen konnten, die uns berichten, wie in ihren Ländern mit Leiharbeitern umgegangen wird und welche Strategien ihre Gewerkschaften entwickelt haben.

Die EU hat sich auf dem Papier darauf verständigt, dass Leiharbeiter den gleichen Lohn und die gleichen Arbeitsbedingungen erhalten sollen wie die Stammbeschäftigten.

Es geht darum, diesen Grundsatz in der Praxis durchzusetzen. Es ist traurig, dass in Deutschland Splittergruppen, die sich Gewerkschaften nennen, ihre Hand reichen, diesen Grundsatz zu unterlaufen. Hier muss der Gesetzgeber eingreifen.

Auch die starke Zunahme der Soloselbständigkeit ist ein Beleg dafür, dass Arbeitgeber sich zunehmend ihren sozialen Verpflichtungen entziehen. Im europäischen Vergleich ist die Soloselbständigkeit in Deutschland noch relativ niedrig, aber wir sind dabei, mit Riesenschritten aufzuholen. Die Arbeitgeber sparen an den Kosten der sozialen Sicherung; aus den Vergütungssätzen können viele Soloselbständige kaum ihren Lebensunterhalt bestreiten, geschweige denn ihre soziale Sicherung bezahlen. Auch hier werden ungedeckte Schecks auf die Zukunft geschrieben.

Die sozialen Folgekosten werden in einigen Jahren vergesellschaftet, während die Profite heute an die Arbeitgeber gehen. Wir haben deswegen in dieser Konferenz der Soloselbständigkeit einen weiteren Block gewidmet.

Wir wollen insbesondere erfahren, wie andere Länder die soziale Absicherung von Soloselbständigen gestalten und welche Lösungsansätze für die deutsche Situation übertragbar sind. Auch befristete Beschäftigung weitet sich massiv aus.



Eine DGB-Umfrage belegt, dass von den 18- bis 34-Jährigen, die eine Berufsausbildung absolviert haben, nur 56 Prozent aktuell in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis stehen. Andere sind befristet, in Teilzeit oder bei einer Leiharbeitsfirma beschäftigt. Immerhin 17 Prozent sind nicht erwerbstätig. Dies zeigt im Trend, dass die Flexibilisierungswünsche der Arbeitgeber sehr stark zu Lasten der jungen Generation gehen.

Andererseits ist gerade dies die Generation, von der die Politik erwartet, eine Familie zu gründen, Kinder aufzuziehen und unsere Wirtschaft voranzubringen. Befristete Beschäftigung, Leiharbeit und Minijobs sind hierfür keine geeignete Basis.

Wir wollen deswegen auch aus anderen Ländern erfahren, wie sich diese atypisch Beschäftigten organisieren und in die gewerkschaftlichen Aktionsmöglichkeiten einbezogen werden können. Die Gewerkschaften müssen und werden sich verstärkt diesen Gruppen zuwenden. Das Hauptproblem der prekären Beschäftigung sind jedoch die extrem niedrigen Löhne. Auch in Deutschland, vor allem in Ostdeutschland, werden massenhaft Hungerlöhne gezahlt. Viele können nur deswegen überleben, weil ihr Lohn aus öffentlichen Kassen oder durch Hartz IV aufgestockt wird.

Inzwischen ist Deutschland in Zentraleuropa das Land mit dem größten Niedriglohnsektor. Die deutsche Bundesregierung hat die Ausweitung des Niedriglohnsektors vor Jahren zum politischen Ziel erklärt und die Weichen entsprechend gestellt. Seit Jahren wächst der Niedriglohnsektor – rein statistisch auf 22 Prozent.

Was sozial- und gesellschaftspolitisch eine Katastrophe ist, ist selbst ökonomisch ein Irrweg. Deutschland wird so zum Einfallstor für Dumpinglöhne in Europa. Andere Staaten werden ebenfalls unter Druck gesetzt, diesem Beispiel zu folgen.

Die gewerkschaftliche Antwort darauf ist bekanntlich die Einführung von Mindestlöhnen. Und gerade weil die CDU/CSU Mindestlöhne bislang hartnäckig blockiert, freue mich besonders darüber, dass wir mit der Kollegin Heather Wakefield ein Mitglied der britischen Mindestlohnkommission unter uns haben, die uns über die Erfahrungen in Großbritannien berichten kann.

Großbritannien hat als einer der letzten von 20 Staaten in Europa Mindestlöhne eingeführt. Gerade deswegen sind die dort gemachten Erfahrungen für Deutschland sehr interessant. Herzlich Willkommen, Heather.

In Deutschland werden Mindestlöhne von dem konservativen Teil der Bundesregierung und den Arbeitgebern rigoros abgelehnt. Ihr Hauptargument: Angeblich werden Arbeitsplätze vernichtet. Doch gerade das britische Beispiel zeigt, dass bei einer intelligenten Einführungsstrategie dies nicht eintritt.



Im Gegenteil: Die Zahl der Arbeitsplätze auch im unteren Lohnbereich ist sogar gestiegen. Gleichzeitig soll diese Konferenz dazu beitragen, die Kooperation der europäischen Gewerkschaften untereinander zu verbessern. Wenn Europa ein einheitlicher Wirtschafts- und Sozialraum ist, müssen auch die Gewerkschaften sich einheitlich gegen diese Prekarisierungstendenzen wehren. Die deutschen Gewerkschaften werden diesem Thema auch in Zukunft erhöhte Aufmerksamkeit widmen. Wir werden auch im Europäischen Gewerkschaftsbund weiterhin aktiv sein.

Gemeinsam werden wir diesen Trend stoppen!
Ich freue mich auf eine interessante Diskussion.